

Chronologie

Mai / Juni 2008*

Mai

1.5. Bei einem Festakt in Aachen hält Staatspräsident Nicolas Sarkozy anlässlich der Verleihung des Internationalen Karlspreises an Bundeskanzlerin Angela Merkel die Laudatio. Der Preis wird seit 1950 an Personen verliehen, die in besonderem Maße zum europäischen Einigungsprozess beigetragen haben. Merkel erhält den Preis für ihre Verdienste bei der Vorbereitung des EU-Reformvertrags von Lissabon. In seiner Rede würdigt Sarkozy das unermüdliche Engagement der Kanzlerin für den europäischen Einigungsprozess und betont die wichtige Rolle der deutsch-französischen Freundschaft für die europäische Integration.

5.5. Bei einem zweitägigen Besuch in Algerien trifft Innenministerin Michelle Alliot-Marie mit ihrem Amtskollegen Mohamed Yazid Zerhouni Vereinbarungen zu einer verstärkten Kooperation zwischen den beiden Ländern im Bereich der Ausbildung von Sicherheitskräften und Polizisten. Auch im Bereich der Bekämpfung des Drogenhandels sowie bei der Lieferung von technischer Ausrüstung wird eine verstärkte Zusammenarbeit beschlossen.

7.5. Staatspräsident Sarkozy kündigt eine Rentenerhöhung um 0,8 % ab September 2008 an. Zugleich sollen verstärkt ältere Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt integriert werden. Vor wenigen Tagen hatte Sarkozy bereits eine Verlängerung der Rentenbeitragszeit von 40 auf 41 Jahre angekündigt, was bei Gewerkschaften auf heftige Kritik gestoßen war. Auch andere Maßnahmen,

wie die Abschaffung von Vergünstigungen bei Frühverrentung, zielen auf eine höhere Beschäftigungsquote bei älteren Arbeitnehmern. Ein Gesetzentwurf für die Rentenreform soll im Juni 2008 der Nationalversammlung vorgelegt werden.

7.5. Die Tochtergesellschaft Airbus des europäischen Luft- und Raumfahrtkonzerns EADS gibt ein Scheitern der Verkaufsverhandlungen für zwei Werke in Méaulte und Saint-Nazaire mit der französischen Zulieferfirma Latécoère bekannt. Im Rahmen des im Jahr 2007 beschlossenen Sanierungsprogramms „Power 8“ soll Airbus sechs europäische Werke verkaufen. Bereits im März war der Verkauf dreier deutscher Werke gescheitert, die nun vorerst beim Mutterkonzern EADS verbleiben.

8.5. Im Rahmen der Feierlichkeiten zum 8. Mai, dem Jahrestag der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht, reist Staatspräsident Sarkozy in den Küstenort Ouistreham, wo 1944 die alliierten Truppen gelandet waren. In einer Rede bezeichnet er das Frankreich der Widerstandskämpfer als das „wahre Frankreich“ im Gegensatz zur Regierung in Vichy, die mit den Nationalsozialisten kollaboriert hatte.

12.5. Der französisch-japanische Autohersteller Renault-Nissan kündigt eine Zusammenarbeit mit dem indischen Autobauer Bajaj bei der Produktion eines Billigautos an, dessen Einkaufspreis für Großhändler nach momentanem Stand bei 2 500 Euro liegen soll. Der Vertrieb des Autos soll im Jahr 2011 in Indien beginnen.

* Zusammengestellt von Katrin Sold, Programm Frankreich / deutsch-französische Beziehungen der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Berlin.

13.5. Nach monatelangen Debatten in Nationalversammlung und Senat findet die dritte und abschließende Lesung des Gesetzentwurfs über den Umgang mit genveränderten Organismen statt. Überraschend erlangt der Gesetzentwurf der Regierung keine Mehrheit in der Nationalversammlung; ein Verfahrens Antrag des kommunistischen Abgeordneten André Chassaigne wird mit 136 zu 135 Stimmen angenommen, da mehrere Abgeordnete der Regierungsmehrheit der Abstimmung fernbleiben. Bereits im Vorfeld hatte der Gesetzentwurf zu heftigen Kontroversen innerhalb der UMP-Fraktion geführt. Ein Vermittlungsausschuss soll den Text nun überarbeiten.

13.5. Der Staatssekretär für die Entwicklung der Hauptstadtregion, Christian Blanc, kündigt für einen Zeitraum bis Ende des Jahres zwei Maßnahmen zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung des Großraums Paris an, darunter die Schaffung eines Wissenschaftsparks in Saclay und einen Umbau des Flughafens Roissy-Charles de Gaulle. Blanc nennt allerdings keine Details zur Finanzierung der Projekte.

14.5. Ein Vermittlungsausschuss aus Vertretern des Senats und der Nationalversammlung nimmt nach der Ablehnung des Gesetzentwurfs über den Umgang mit gentechnisch veränderten Organismen durch das Parlament eine bereits am 16. April 2008 vom Senat verabschiedete Version des Gesetzes an.

15.5. Nach einem Streik von Lehrern gegen den für das kommende Schuljahr vorgesehenen Stellenabbau im Bildungsbereich stellt Staatspräsident Sarkozy offiziell eine von Bildungsminister Darcos bereits vor längerer Zeit angekündigte Gesetzesinitiative vor, die Lehrer dazu verpflichtet soll, 48 Stunden vor Beginn eines Streiks anzugeben, ob sie an der Arbeitsniederlegung teilnehmen. Die frühzeitige Information soll eine Mindestversorgung an den Schulen sicherstellen.

16.5. In Nîmes findet der erste Kongress des *Nouveau Centre* statt. Der Partei, die bereits seit dem 29. Mai 2007 offiziell existiert, gehören Verteidigungsminister Hervé Morin als Präsident, drei Staatssekretäre sowie 22 Gewählte der Nationalversammlung an. Sie kooperiert mit der Regierungspartei UMP und verfügt inzwischen auf Regional- und Kommunalebene über etwa 2 500 Abgeordnete.

16.5. Ein neues Weißbuch zur Verteidigung wird den mit dem Thema befassten Mitgliedern des Parlaments vorgelegt. 14 Jahre nach Erscheinen des letzten Weißbuchs weist es auf deutliche Veränderungen in der Verteidigungspolitik hin, darunter vor allem eine erhöhte Bedeutung von Information und Prävention. Ein Koordinator des Informationsbereichs soll nach Forderung der Weißbuch-Kommission direkt dem Staatspräsidenten unterstellt werden. Die Verteidigungspolitik müsse zudem verstärkt auf neue Bedrohungslagen wie den Terrorismus reagieren. Die Strategie der nuklearen Abschreckung steht auch weiterhin im Zentrum der französischen Verteidigungspolitik.

20.5. Staatspräsident Sarkozy stimmt einer Neuaufteilung der Wahlbezirke für die Wahl zur Nationalversammlung zu. Die Reform soll im Herbst 2008 umgesetzt werden. Nach der letzten Änderung im Jahr 1986 erfordern Bevölkerungsentwicklung und Veränderungen der Bevölkerungsverteilung diese Anpassungsmaßnahme. Zudem sollen zusätzliche Abgeordnetenposten die Auslandsfranzosen vertreten, die Gesamtzahl von 577 Abgeordneten allerdings unverändert bleiben.

21.5. Innenminister Wolfgang Schäuble trifft in Paris mit Staatspräsident Sarkozy, Innenministerin Alliot-Marie und dem Minister für Immigration und Integration Brice Hortefeux zusammen. Im Zentrum der Gespräche steht die Vorbereitung eines Europäischen Immigrationspakts. Immigration ist eines der Kernthemen der im Juli beginnenden französischen EU-Ratspräsidentschaft.

21.5. Nach mehreren Tagen beenden französische Fischer ihren Streik und die Blockade mehrerer großer Seehäfen wie La Rochelle oder Marseille. Sie fordern angesichts der stark gestiegenen Diesel-Preise eine stärkere staatliche Unterstützung. Zusätzlich zu einer bereits Ende 2007 gewährten Summe von 310 Millionen Euro sagt der zuständige Minister Michel Barnier weitere 110 Millionen Euro Unterstützung zu.

22.5. Infolge eines gemeinsamen Aufrufs aller Gewerkschaften demonstrieren in Paris über 100 000 Menschen gegen eine Erhöhung der Rentenbeitragszeit von 40 auf 41 Jahre. Durch die Streiks bei der Eisenbahngesellschaft SNCF und auf mehreren Flughäfen kommt es zu Verkehrsbehinderungen.

22.5. Staatspräsident Sarkozy und der ungarische Präsident Ferenc Gyurcsány unterschreiben in Paris ein Abkommen über eine strategische Partnerschaft, durch die insbesondere eine verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der zivilen Nutzung von Atomkraft, aber auch in den Bereichen Wissenschaft und Landwirtschaft gefördert werden soll.

23.5. Bei einem Besuch in Israel und den Palästinensergebieten trifft Außenminister Bernard Kouchner mit dem israelischen Präsidenten Ehud Olmert sowie dem Palästinenserpräsidenten Mahmud Abbas zusammen. Bei einer Rede im Rahmen einer Geberkonferenz für die palästinensischen Gebiete in Bethlehem fordert Kouchner Israel auf, den Palästinensern mehr Bewegungsfreiheit zu ermöglichen, sodass sich ein eigenständiges Wirtschaftsleben in den Palästinensergebieten entwickeln kann.

23.5. Bei einem Besuch in Luanda, der Hauptstadt Angolas, bemüht sich Staatspräsident Sarkozy um eine Entspannung der Beziehung zwischen beiden Ländern, die seit einem Skandal um illegalen Waffenhandel belastet sind. Zwischen 1993 und 2000 hatte ein französischer Geschäftsmann Waffen im Wert von 790 Millionen Dollar in das damalige Bürgerkriegsland geliefert. Ermittlungen hatten ergeben, dass auch französische Politiker, darunter der ehemalige Minister Charles Pasqua, in den Fall verwickelt gewesen waren. Zugleich bemüht sich Sarkozy um eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit, die den Export französischer Waren nach Angola fördern soll.

24.5. Beim Internationalen Filmfestival in Cannes erhält der Film „*Entre les murs*“ des französischen Regisseurs Laurent Cantet die Goldene Palme. Der Film dokumentiert den Alltag einer Pariser Schulklasse und deren Schüler unterschiedlicher Herkunft. Es handelt sich um die erste Goldene Palme für einen französischen Film seit dem Jahr 1987, als der Film „*Sous le soleil de Satan*“ von Maurice Pialat von der Jury ausgezeichnet worden war.

25.5. Gemeinsam mit der israelischen Außenministerin Tzipi Livni nimmt Staatspräsident Sarkozy an den Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der Gründung Israels in Paris teil. Ebenso wie der geplante Besuch in Israel im Juni wird dies als Zeichen für einen Annäherungspro-

zess zwischen Frankreich und Israel gewertet. In einer Rede im Rahmen der Feierlichkeiten verteidigt die Staatssekretärin für Menschenrechte, Rama Yade, das Recht Israels auf „*Frieden und Sicherheit*“ ebenso wie das Recht der Palästinenser auf einen eigenen Staat.

25.5. Im Rahmen seiner ersten Auslandsreise als russischer Premierminister trifft Wladimir Putin zu einem zweitägigen Besuch in Paris ein, wo er mit seinem Amtskollegen François Fillon sowie mit Staatspräsident Sarkozy zusammentrifft. Beide betonen den Wunsch nach Kontinuität in den französisch-russischen Beziehungen und einer verstärkten Kooperation insbesondere im Energiesektor. Staatspräsident Sarkozy war wegen seiner uneingeschränkten Befürwortung der Wahl in Russland, bei der von Beobachtern eine eingeschränkte Wahlfreiheit konstatiert worden war, in die Kritik geraten.

28.8. Der Sexualstraftäter Michel Fourniret, der wegen der Vergewaltigung und Ermordung von sieben Mädchen und jungen Frauen angeklagt worden war, wird nach mehrwöchigem Prozess, der in Frankreich ein großes Medienecho ausgelöst hatte, zu lebenslänglicher Haft mit einer Mindesthaftdauer von 30 Jahren verurteilt. Auch seine Ehefrau Monique Olivier muss lebenslanglich ins Gefängnis. Das Gericht verhängt damit die höchsten Strafen, die das französische Strafrecht vorsieht.

28.5. Der ehemalige EADS-Kovorsitzende Noël Forgeard wird wegen des Verdachts auf Insiderhandel festgenommen. Er soll kurz vor dem Einbruch der Aktienkurse von EADS aufgrund der angekündigten Lieferverzögerungen beim Großraumflugzeug A380 seine Aktienanteile in Höhe von 2,5 Millionen Euro verkauft und damit von Insiderwissen profitiert haben. Im April hatte die französische Börsenaufsicht AMF ein Ermittlungsverfahren gegen 17 Manager des Konzerns eingeleitet, von dem auch der deutsche Airbus-Chef Thomas Enders betroffen ist.

28.5. Im Rahmen eines Staatsbesuchs in Polen kündigt Staatspräsident Sarkozy an, dass Frankreich zum 1. Januar 2009 – und damit ein Jahr früher als ursprünglich vorgesehen – bei der EU-Kommission beantragt, die Beschränkungen auf dem französischen Arbeitsmarkt für Arbeitnehmer aus den Staaten, die 2004 der Europäischen Union beigetreten waren, aufzuheben.

29.5. In Form eines Telefonats mit seinem Amtskollegen Baschar al-Assad nimmt Staatspräsident Sarkozy den im Dezember 2007 offiziell unterbrochenen Kontakt zu Syrien wieder auf. Er würdigt damit das Einlenken Syriens im Konflikt um die Präsidentschaftswahl im Libanon, durch das nach monatelangen Blockaden die Wahl eines libanesischen Präsidenten möglich geworden war. Syrien hatte schließlich einem Kompromisskandidaten zugestimmt und so die Streitigkeiten prosyrischer und antisyrischer Kräfte im Libanon beendet.

30.5. Bei einem Staatsbesuch in Österreich betont Staatspräsident Sarkozy, dass die Unstimmigkeiten zwischen Frankreich und Österreich, die durch die Regierungsbeteiligung der rechtsextremen Partei FPÖ im Jahr 2000 ausgelöst worden waren, ausgeräumt seien. Im Zentrum der Gespräche mit dem österreichischen Kanzler Alfred Gusenbauer stehen aktuelle Themen der Europapolitik wie Immigration, Sicherheit und Transport. In einem Interview mit der österreichischen Zeitung *Der Kurier* betont Sarkozy, dass der deutsch-französische Motor für die europäische Integration von entscheidender Bedeutung sei, jedoch allein nicht ausreiche. Frankreich und Deutschland müssten ihre Freundschaft in den Dienst Europas stellen.

31.5. Außenminister Kouchner trifft zu einem unangekündigten Besuch in der irakischen Provinz Nasrija ein, wo er mit dem schiitischen Vizepräsidenten Adil Abd al-Mahdi und dem Provinzgouverneur Asis Kadhim Alwan zusammentrifft. In Bagdad führt er Gespräche mit dem irakischen Ministerpräsidenten Nuri al-Maliki. Ziel der Reise sei, so Kouchner, keine Annäherung an die US-amerikanische Irak-Politik, sondern eine Stärkung der Position der Vereinten Nationen im Irak.

Juni

1.6. Der Modeschöpfer Yves Saint Laurent stirbt im Alter von 71 Jahren in Paris. Er gilt als Revolutionär der Modewelt. Seine Kreationen, insbesondere die Übertragung von Elementen der Herren- auf die Damenmode in den 1960er Jahren, hatten stilbildend gewirkt. An der Trauerfeier nimmt auch Staatspräsident Sarkozy teil.

2.6. Die Finanzminister der Eurogruppe lehnen den Vorschlag von Staatspräsident Sarkozy ab, einen Höchstwert für die Mehrwertsteuer auf Öl einzuführen, sobald der Preis für ein Barrel einen festgesetzten Wert überschreitet. Zugleich lockern die Minister die Sparziele der Euroländer. Die Staaten sind nun verpflichtet, bis zum Jahr 2012 – statt wie bisher vorgesehen bis 2010 – einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Staatspräsident Sarkozy hatte bereits kurz nach seinem Amtsantritt im Mai 2007 angekündigt, dass Frankreich die Frist bis zum Jahr 2010 nicht einhalten werde.

3.6. Die Nationalversammlung nimmt mit 315 zu 231 Stimmen, bei 23 Enthaltungen, den Gesetzentwurf zu einer Institutionenreform an, der im Folgenden im Senat verhandelt werden wird. Zentrale Punkte der Reform sind die Einführung eines Rechts des Staatspräsidenten, vor dem Parlament zu sprechen, die Beschränkung der Amtszeit des Staatspräsidenten auf zwei Legislaturperioden, die mögliche Rückkehr von Ministern ins Abgeordnetenamt, ein obligatorisches Referendum vor dem EU-Beitritt eines Staates, dessen Bevölkerung mehr als ein Fünftel der EU-Bevölkerung repräsentiert, sowie zusätzliche Rechte des Parlaments bei der Vorlage von Gesetzentwürfen.

3.6. Bei einem Staatsbesuch in Rom bekräftigt Staatspräsident Sarkozy die „gemeinsamen Interessen“ Italiens und Frankreichs bei den meisten Themen der EU-Politik. Insbesondere das Thema Immigration steht im Mittelpunkt der Gespräche mit dem italienischen Staatspräsidenten Silvio Berlusconi, der kürzlich eine deutliche Verschärfung der italienischen Gesetzgebung zur Immigration angekündigt hatte. Im Bereich Energie sprechen sich beide Staatsoberhäupter für eine enge Zusammenarbeit insbesondere auf dem Feld der Atomenergie aus. Italien plant den Wiedereinstieg in die seit 1987 ausgesetzte zivile Nutzung der Atomkraft.

4.6. Im Rahmen eines Kabinetts Treffens betont Staatspräsident Sarkozy öffentlich seine Unterstützung für Justizministerin Rachida Dati: Er bestätigt ihre „Befugnis für weitreichende Reformen im Justizbereich“ und verteidigt sie gegen „Anfänge von Lynchjustiz“. Dati war während der letzten Monate immer wieder in die Kritik der Opposition und der Öffentlichkeit geraten, zuletzt wegen ihrer Unterstützung eines Gerichtsurteils in Lille, nach dem die Ehe eines muslimischen Paares annulliert

wurde, da die Ehefrau ihrem Mann verschwiegen hatte, dass sie nicht jungfräulich in die Ehe eingetreten war. Das Urteil war insbesondere bei Frauenrechtsorganisationen auf heftige Kritik gestoßen.

5.6. Der Telekommunikationskonzern France Télécom macht dem schwedischen Konzern TeliaSonera ein Übernahmeangebot im Wert von ungefähr 27 Milliarden Euro. Bei einer erfolgreichen Übernahme entstünde der größte Telekommunikationskonzern Europas und der viertgrößte weltweit, da TeliaSonera über Telekommunikationslizenzen in Osteuropa und Asien verfügt. TeliaSonera lehnt das erste Angebot von 6,3 Euro je Aktie ab. Analysten erwarten durch die Fusion nur geringe Synergieeffekte, da die Konzerne vornehmlich in unterschiedlichen Ländern tätig sind.

6.6. Nach Angaben des Statistikinstituts INSEE ist die Arbeitslosenquote im ersten Quartal 2008 auf 7,2 % gesunken, dem niedrigsten Wert seit 1983. Insbesondere Jugendliche profitieren von der steigenden Beschäftigungsrate, während diese bei älteren Arbeitnehmern weiter sinkt.

7.6. Im Rahmen einer diplomatischen Reise trifft Staatspräsident Sarkozy gemeinsam mit den Vertretern der großen französischen Parteien, François Fillon, François Hollande, François Bayrou und Marie-George Buffet, im Libanon ein. Als erster nicht-arabischer Staatsschef trifft Sarkozy dabei mit dem neu gewählten libanesischen Präsidenten Michel Sulaiman zusammen. Der Besuch der Delegation soll die Bedeutung der Beziehungen zum Libanon unterstreichen sowie ein Vorbild der Demokratie liefern. Außenminister Kouchner hatte seit seinem Amtsantritt bereits sieben Mal den Libanon besucht. Die französischen Vertreter treffen mit den Vorsitzenden mehrerer libanesischer Parteien, darunter auch mit Vertretern der Hisbollah, zusammen.

8.6. Bei einem Anschlag in Algerien werden ein französischer Ingenieur des Tiefbau-Konzerns Razel und sein algerischer Chauffeur sowie mehrere Sicherheitskräfte getötet. Der Anschlag soll laut Zeitungsmeldungen von der Gruppe „*Al Kaida im islamischen Maghreb*“ verübt worden sein und sich bewusst gegen französische Ausländer gerichtet haben.

9.6. Im Rahmen des 9. deutsch-französischen Ministerrats kommen Staatspräsident Sarkozy und Bundeskanzlerin Merkel im bayerischen Straubing zusammen. Im Zentrum der Gespräche stehen die Themen Energie und Klima. Dabei wird nach monatelangen Diskussionen eine Einigung über Klimaschutzvorgaben für die Autoindustrie erzielt und damit die Einführung der von der EU-Kommission geforderten Beschränkungen des Schadstoffausstoßes für Neuwagen bestätigt. Angela Merkel kündigt außerdem eine grundsätzliche Unterstützung Frankreichs bei der bevorstehenden EU-Ratspräsidentschaft an.

9.6. Der französische Energiekonzern Total erklärt sich bereit, angesichts der steigenden Ölpreise zur finanziellen Entlastung der Haushalte beizutragen. Staatspräsident Sarkozy hatte Ende Mai eine Einmalzahlung in Höhe von 150 bis 200 Euro an ungefähr 700 000 Haushalte gefordert. Total sagt zu, 30 bis 40 Millionen Euro bereitzustellen, sofern sich auch andere Unternehmen der Energiebranche an den Zahlungen beteiligen.

9.6. Der ehemalige Staatspräsident Jacques Chirac gründet in Paris eine Stiftung, die sich den Schutz der kulturellen Vielfalt zum Ziel setzt. Unter anderem soll sich die Chirac-Stiftung für den Schutz bedrohter Sprachen, aber auch für den Zugang zu Medikamenten und Wasser in Entwicklungsländern oder den Schutz des Regenwaldes einsetzen. Zum Ehrenkomitee der Stiftung zählt unter anderen der ehemalige UN-Generalsekretär Kofi Annan.

10.6. Im Rahmen der ersten Konferenz zum Thema Behinderung auf nationaler Ebene kündigt Staatspräsident Sarkozy die Schaffung von 50 000 neuen Stellen in der Behindertenbetreuung innerhalb von fünf Jahren an. Er fordert außerdem verstärkte Sanktionen gegen Unternehmen, die nicht die Quote von 6 % behinderter Arbeitnehmer an der Belegschaft erfüllen. Damit reagiert er auf Forderungen der Behindertenorganisationen, die im März eine Demonstration mit ungefähr 16 000 Teilnehmern organisiert hatten.

12.6. In Paris findet eine Geberkonferenz zur Finanzierung des Wiederaufbaus in Afghanistan statt. Die 68 Geberländer sagen dabei die Zahlung von über 20 Milliarden Dollar zu, fordern vom afghanischen Präsi-

ten Hamid Karzai allerdings zugleich ein härteres Durchgreifen der Regierung gegen Korruption und Drogenhandel sowie eine Beschleunigung des Aufbaus rechtstaatlicher Strukturen. Frankreich sagt bis zum Jahr 2010 eine finanzielle Hilfe von 107 Millionen Euro zu, die insbesondere in den Bereichen Landwirtschaft und Gesundheit eingesetzt werden soll.

13.6. Auf seiner Abschiedsreise durch Europa trifft US-Präsident Bush zu einem zweitägigen Besuch in Paris ein. Er betont bei einem Treffen mit Staatspräsident Sarkozy die Bedeutung der französisch-amerikanischen Aussöhnung und lobt den Entschluss Frankreichs, weitere Truppen nach Afghanistan zu entsenden. Zugleich kritisiert er jedoch die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit Syrien von Seiten Frankreichs.

14.6. Auf ihrem Nationalkonvent in Paris verabschiedet der *Parti socialiste* (PS) sein neues Grundsatzprogramm, das bereits im Vormonat von 80 % der Parteimitglieder gebilligt worden war. Es enthält als wichtigste Neuerungen ein Bekenntnis zur regulierten „sozialen und ökologischen Marktwirtschaft“ sowie zur europäischen Idee. Bereits seit Wochen positionieren sich führende Mitglieder des PS, darunter Ségolène Royal und Bertrand Delanoë, für die im November stattfindende Wahl des Parteivorsitzenden.

17.6. Staatspräsident Sarkozy stellt vor Vertretern des Militärs das neue Weißbuch zur Verteidigung vor, das die Ziele der französischen Verteidigungspolitik für die kommenden 15 Jahre absteckt und eine umfassende Reform des Militärwesens beinhaltet. Dabei sollen innerhalb der kommenden sieben Jahre 54 000 der insgesamt 320 000 Stellen beim Militär gestrichen, 30 Standorte geschlossen sowie mehrere Stützpunkte in Afrika zusammengelegt werden. Im Zentrum der neuen Militärstrategie stehen die Bereiche Aufklärung und Informationsbeschaffung, wofür das Verteidigungsbudget deutlich aufgestockt werden soll, um eine angemessene Reaktion auf neue Herausforderungen wie Terrorismus oder Cyberattacken zu gewährleisten. Über Auslandseinsätze soll künftig das Parlament mitentscheiden; Frankreich will sich dabei aktiv an der Bildung einer 60 000 Mann starken EU-Eingreiftruppe beteiligen. Sarkozy bestätigt darüber hinaus den Plan einer Rückkehr Frankreichs in die integrierte Kommandostruktur der NATO.

17.6. Die französische Nationalmannschaft verliert im letzten Vorrundenspiel der Fußball-Europameisterschaft in Österreich und der Schweiz mit 0:2 gegen Italien und scheidet aus dem Turnier aus.

22.6. Bei einem Staatsbesuch in Israel trifft Staatspräsident Sarkozy mit seinem Amtskollegen Shimon Peres, Premierminister Olmert und dem gesamten israelischen Kabinett zusammen. In Gesprächen betont Sarkozy, dass die Sicherheit Israels nur durch die Gründung eines Palästinenserstaates erreicht werden könne. Als erster französischer Staatspräsident seit François Mitterrand im Jahr 1982 spricht Sarkozy vor dem israelischen Parlament. Außerdem führt Sarkozy Gespräche mit dem Palästinenserpräsidenten Abbas, verweigert jedoch ein Treffen mit Vertretern der Hamas.

25.6. Staatspräsident Sarkozy schlägt ein Verbot von Werbung nach 20 Uhr in den öffentlich-rechtlichen Fernsehsendern ab dem 1. Januar 2009 vor. Der Verlust von Werbeeinnahmen soll durch eine Gebühr ausgeglichen werden, die den Mobilfunk- und Internetanbietern auferlegt werden soll. Ab dem Jahr 2011 soll es dann im öffentlich-rechtlichen Fernsehen gar keine Werbung mehr geben. Die Gewerkschaften reagieren ablehnend auf den Vorschlag Sarkozys, da sie eine Schwächung der öffentlich-rechtlichen Fernsehsender aufgrund sinkender Finanzmittel befürchten. Im Herbst 2008 soll ein Gesetzentwurf zur Reform des öffentlich-rechtlichen Fernsehens im Parlament diskutiert werden.

25.6. Der Senat verabschiedet nach erster Lesung einen Gesetzentwurf zur Institutionenreform, nimmt zuvor allerdings deutliche Veränderungen an dem bereits am 3. Juni vom Parlament verabschiedeten Entwurf vor. Diese schränken beispielsweise das im Gesetzentwurf des Parlaments vorgesehene Recht der Nationalversammlung auf das Einbringen von Gesetzesvorlagen ein. Der Senat lehnt außerdem die Einführung eines Referendums vor dem Beitritt eines Staates zur EU, dessen Einwohner mehr als 5 % der EU-Bevölkerung ausmachen, ab. Am 21. Juli tritt nach der zweiten Lesung des Gesetzentwurfs in Versailles der Kongress zusammen, der dem Entwurf mit einer Drei-Fünftel-Mehrheit zustimmen muss, damit das Gesetz in Kraft tritt.